

Sachverständigen unbegrenzt zur Verfügung steht.

Es war kennzeichnend für das Kolloquium, daß sich welt- wie ortskirchliche Sichtweisen immer wieder auf einen eher kirchenzentrierten, um nicht zu sagen neo- oder auch altklerikalen Horizont verengten. Das ging so weit, daß gerade ein prominenter polnischer Teilnehmer einmal scharf nachsetzte: die Gefahren für die Kirche in nächster Zeit kämen nicht sosehr von innen, sondern von außen, und die Kirche sei aufgerufen, in erster Linie auf das Grundproblem von heute einzugehen, auf den „Verlust des Lebenssinnes“. Ebenso charakteristisch waren aber auch Versuche, eine zu starke Kirchenzentriertheit immer wieder zu durchbrechen. Das geschah einmal durch die Forderung, sich den Weltproblemen unmittelbarer und ungefiltert durch apriorische kirchliche Maßstäbe zuzuwenden. Zum andern wurde im Laufe des Gesprächs das Bemühen immer deutlicher, die Kirche auf deren zentralen Verkündigungsauftrag hin durchsichtiger zu machen: Die Humanisierung der Welt in Christus sei deren Aufgabe und Chance zugleich.

Klare Blicke nach vorne waren allerdings dennoch eher selten. Nur in einem Punkt war man sich durchgehend einig: Strukturell wie glaubensmäßig liegt die Hoffnung auf Zukunft der Kirche in erster Linie in den noch spärlich, aber doch bereits weltweit sich bildenden *Basisgemeinschaften*. Die Nähe zu den Alltagsproblemen der Menschen und damit auch die Chance einer neuen Verwurzelung des Glaubens werde nirgends exemplarischer verwirklicht als in diesen Gemeinschaften. So Weihbischof *Alfonso Gregory* von Rio. Wenn man, wie es ein Teilnehmer vorschlug, entschiedener zukunftsorientiert, in einem eigenen Kolloquium sich Gedanken machen würde, was an *Elementen einer neu wachsenden kirchlichen Gemeinschaftlichkeit* bereits vorhanden ist, müßte mit Sicherheit hier angesetzt werden. Dabei zeigte es sich bereits in Löwen, daß die Basisgemeinschaften keineswegs besonders ausgeprägt als Gegensatz zur institutionellen Kirche verstanden werden. Der bekannte in-

dische Theologe *Simon Amalorpavadas* war nicht der einzige, der eine wieder nüchternere Beurteilung und höhere Wertschätzung auch der Kirche als Institution registrierte. Radikale antiinstitutionelle Töne waren scheinbar wie von selbst verstummt.

Neben der neuen Hoffnungsperspektive Basisgemeinschaften blieb die ganze Zeit über die vermutlich grundlegendste Herausforderung der Kirche im Raum, ohne daß auch nur versucht worden wäre, sich darauf vorbehaltlos einzustellen. Sie hatte der englische Journalist *Cliffort Longley* (Religionsberichterstatter bei der „Times“) mit dem Hinweis formuliert, der heutige Durchschnittsmensch habe – jedenfalls in der nördlichen Welthälfte – ein Bewußtsein erlangt, in dem die traditionellen, von der Religion gesetzten Prioritäten keine ernsthafte Rolle mehr spielten. Er fügte ironisch hinzu, dieser Zustand sei eigentlich das Ergebnis des zivilisatorischen und moralischen Erfolgs des Christentums. Für säkularisierte Menschen seien viele christliche Werte im Ergebnis so selbstverständlich, daß ihn de-

ren Quellen nicht mehr interessieren. Vermutlich wäre die Feststellung für die südliche Hälfte der Welt, wo sich traditionelle Religiosität, Christentum und der Einbruch von Säkularität in einem rasch voranschreitenden Prozeß vermengen, nicht weniger interessant gewesen als für die nördliche. Um das herauszufinden, hätte man allerdings unter Vernachlässigung vieler Einzelthemen sich ganz auf diesen die Christen in Nord und Süd gegenwärtig mehr spaltenden als einenden Sachverhalt konzentrieren müssen. Vermutlich wird überhaupt nur die vorbehaltlose Annahme dieser Herausforderung den Blick nach vorne in beiden Welthälften wieder freigeben. Doch vielleicht sind die in Löwen so einheitlich beschworenen Basisgemeinschaften als Entstehungsort neuer kirchlicher Lebensformen und als Schmelztiegel eines Bekenntnis und Lebenspraxis homogener verschmelzenden Glaubensbewußtseins schon eine erste Antwort an den säkularen Zeitgenossen, der sich vielfach der Quellen nicht mehr erinnert, aus denen er lebt. D. S.

Friedensappelle: Betroffenheit als politisches Mittel

Die seit etwa einem Jahr erstarkende pazifistische Bewegung entwickelt in der Wahl ihrer Vehikel zusehends Phantasie. Da gibt es Tagungen und Foren, Friedensmärsche und Demonstrationen – für den 10. Oktober hat die „Aktion Sühnezeichen“ zu einer „Demonstration gegen die atomare Bedrohung“ nach Bonn eingeladen, zu der über 100 000 Teilnehmer erwartet werden –, es existiert ein „Dreijahresplan“ des Bundesverbandes Bürgerinitiativen und Umweltschutz (BBU), der Antimanöver, „Die-ins“ (Totstellen von Demonstranten) und Hungerstreiks ankündigt, und es kursieren mittlerweile eine Reihe von Appellen verschiedenster politischer Couleur. „Im nächsten halben Jahr wird die Friedensbewegung immens wachsen, besonders die SPD wird das spüren“, meinte erst jüngst das SPD-Vorstandsmitglied *Erhard Eppler*. Aber

gleichzeitig wächst die Konkurrenz und das Mißtrauen zwischen einzelnen Gruppen, die Zahl der Initiativen und Aufrufe wird immer unübersichtlicher.

Zu den optisch stärksten „Friedensbewegungen“ gehört die „Krefelder Initiative“, deren Appell vom November 1980 nach eigenen Angaben inzwischen über 1,2 Millionen Bürger aus allen gesellschaftlichen Schichten unterschrieben haben. Nachdem der „Krefelder Appell“ bald starken Zulauf aus dem sozialdemokratischen Lager erhielt – so unterzeichnete beispielsweise der SPD-Bundestagsabgeordnete *Klaus Thüsing* –, entwickelten sich unter dem Eindruck der Warnungen des SPD-Bundesvorstandes zunehmend eigene Initiativen der Partei. Als erste schlossen sich am 9. November 1980 der Bundesausschuß der Jungsozialisten, die Arbeitsgemein-

schaft sozialdemokratischer Frauen und 150 weitere Sozialdemokraten im sogenannten „Bielefelder Appell“ zusammen, um den Vorwurf der Zusammenarbeit mit Kommunisten zu entkräften. Im wesentlichen decken sich die Bielefelder Forderungen mit denen des Krefelder Appells. Die gespaltene Haltung innerhalb der SPD zur Friedenspolitik unterstreicht die „Heidelberger Erklärung“, die im Gegensatz zum Bielefelder Aufruf eine gegenseitige Abrüstung fordert. Gleichzeitig wird in dem u. a. von Altbischof Kurt Scharf und Prof. Walter Jens unterstützten Schreiben der Verzicht auf die Nachrüstung gefordert.

Auch der Verband Deutscher Schriftsteller sah sich im August dieses Jahres veranlaßt, eine eigene Unterschriftenaktion mit dem Titel „Appell der Schriftsteller Europas“ ins Leben zu rufen, in der vor allem auf die unverzügliche Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen gedrungen wird.

Die außer dem „Dattelner Aufruf“ bisher einzige derartige Aktion aus dem stärker von den Oppositionsparteien getragenen Lager ist der ebenfalls im August veröffentlichte Appell der Pan-europa-Jugend, der sich allerdings nochmals grundlegend vom erstgenannten unterscheidet: Während der „Dattelner Aufruf“ der Nato dazu rät, den Sowjets bis 1983 Zeit zum Abzug ihrer Mittelstreckenraketen zu lassen und erst, falls diese nicht einlenken, selbst nachzurüsten, erscheint dem „Starnberger Appell“ die Nachrüstung schon jetzt und ohne Aufschub geboten. Er setzt sich für einen „Dreiklang“ ein, der „zum Leitmotiv verantwortungsvoller europäischer Politik werden“ müsse und dessen Folge so umrissen wird: „Nachrüsten – Verhandeln – ausgewogene Rüstungsreduzierung“. Die Paneuropa-Jugend sieht in dieser Auslegung des Nato-Doppelbeschlusses, der in der Verlautbarung „Nachrüstungsbeschluß“ genannt wird, die Gewähr der Friedenserhaltung und nimmt deswegen für sich selbstverständlich in Anspruch, Teil der sogenannten Friedensbewegung zu sein. Politisches Gewicht bekam dieser Aufruf durch einige seiner Unterzeichner mit auf den Weg: Otto

von Habsburg und der ehemalige bayrische Ministerpräsident Alfons Goppel sind CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Ministerpräsident Franz-Josef Strauß bekundete seine Übereinstimmung mit dem Ansatz des Aufrufs eigens in einem Brief. Die drei Appelle jedoch, die aufgrund ihrer bundesweiten Verbreitung *mehr als lokale Bedeutung* erlangen und schon jetzt in ihren Unterschriftenzahlen weit an der Spitze liegen, sind der „Krefelder Appell“, der „Dattelner Friedensaufruf“ und der Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“.

Umstritten ist vor allem das Zustandekommen des „Krefelder Appells“ im vergangenen November. Zu unterscheiden ist zwischen dem Aufruf und dem eigentlichen Appell, dessen Wortlaut sich darauf beschränkt, die Bundesregierung aufzufordern, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. Obwohl der Mitinitiator General a.D. Gert Bastian mehrfach erklärte, den Text des Aufrufs „ohne fremde Federführung“ formuliert zu haben, steht spätestens seit der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der CDU fest, daß der Text zunächst von der Deutschen Friedensunion (DFU) formuliert worden war, die enge Beziehungen zur DKP unterhält.

Mehrfach rügte Bundeskanzler Helmut Schmidt öffentlich den „Krefelder Appell“, weil er sich einseitig gegen das nordatlantische Bündnis und die Politik der Bundesregierung richte. „Jedes Wort der Kritik an der Sowjetunion fehlt dort. Dies ist eindeutig ein Instrument, das der sowjetischen Führung sehr zupaß kommt und von ihr auch freundlich behandelt wird“ (zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. 8. 81). Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass griff diese Äußerung Schmidts sofort auf und empörte sich: Von da aus sei es nicht mehr weit, wird unterstellt, bis zu Erklärungen über den „langen Arm Moskaus“ im Geiste des kalten Krieges oder zu Modellen einer „sowjetischen Infiltration“ der westdeutschen „Friedensbewegung“, wie sie vom Bonner Verteidigungsmit-

nisterium verbreitet würden (zit. nach Neue Zürcher Zeitung, 3. 9. 81).

Als klare Gegenbewegung gegen den „Krefelder Appell“ ist der an das Präsidium des Deutschen Bundestages gerichtete „Dattelner Aufruf“ zu bewerten, der auf eine Initiative der Aktion „Bürger für Frieden und Freiheit“ zurückgeht. Im Unterschied zum „Krefelder Appell“ werden *Ursache und Wirkung* beim Namen genannt: „Die Sowjetunion stellt seit einigen Jahren Woche für Woche eine Atomrakete (Typ SS20) nach der anderen auf ... Dieser sowjetischen Überlegenheit hat die Nato bislang keine gleichwertigen Waffen entgegengesetzt. Das will sie frühestens ab 1983 nachholen. Bis dahin haben die Sowjets die Chance, ihre uns bedrohenden Atomraketen abzu ziehen. Wenn das geschieht, braucht die Nato nicht nachzurüsten. Wir treten deshalb für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen Ost und West ein.“ Der „Dattelner Aufruf“ erwähnt auch die Bundeswehr im Zusammenhang mit der Friedenssicherung und nennt sie einen Garanten eines „seit mehr als 35 Jahren“ andauernden Lebens „in Frieden und Freiheit“. Zu den bisherigen Unterzeichnern gehören Vertreter aller Parteien, so z. B. der nordrhein-westfälische Fraktionsvorsitzende Kurt Biedenkopf und sein SPD-Kollege Karl Josef Denzer sowie die Bundestagsabgeordneten Walther Leisler Kiep (CDU), Peter Reuschenbach (SPD) und Jürgen Möllemann (FDP).

Zwar wurden sowohl der „Dattelner Aufruf“ wie der „Krefelder Appell“ auch von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären unterschrieben, aber gerade deshalb sah sich der DGB dazu veranlaßt, anläßlich des Antikriegstages am 1. September seinen Einsatz für den Frieden mit der Herausgabe eines eigenen Aufrufs „Frieden durch Abrüstung“ zu beweisen und gleichzeitig eine Mittelposition zwischen den beiden anderen Initiativen einzunehmen. In der ersten Augusthälfte hatte der DGB-Bundesvorstand beschlossen, die Aussagen des Grundsatzzprogrammes vom März dieses Jahres zum Thema Frieden als Aufruf zu formulieren. Freilich resultiert daraus

ein stilistischer Mangel, der Außenstehenden die Zustimmung erschweren könnte: Der Text ist insofern von einer gesellschaftlichen Einschränkung geprägt, als bereits die Beschreibung des Begriffs „Frieden“ mit dem Satz „Die Arbeitnehmer wissen“ eingeleitet wird.

Genannt werden fünf Sinngewandungen des Friedens: er ermögliche die Beseitigung des weltweiten Elends, die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, die Entfaltung der Grundrechte und die Erfüllung des Gewerkschaftsauftrages.

Der DGB-Aufruf steht der Position der Bundesregierung nahe. Der Bundeskanzler ließ durch Regierungssprecher *Kurt Becker* mitteilen, er würde auch unterschreiben, wenn er nicht selbst einer der Adressaten wäre (Süddeutsche Zeitung, 8. 9. 81). Von den Supermächten werden „unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau“ gefordert. Von der Bundesregierung und dem Bundestag wird verlangt, sie sollten „alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Inangansetzung solcher Verhandlungen nutzen“. Ziel müsse es sein, „auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen“. Zwar beschreibt die letzte Forderung eine Bedingung für die Beurteilung des Verhandlungserfolges. Aber weder übernimmt der DGB-Aufruf die im Nato-Doppelbeschluß gesetzte Frist für Verhandlungen und den Beginn einer eventuellen Nachrüstung (1983), noch werden Folgerungen aus einem möglichen Scheitern gezogen. Genannt wird allerdings das Ziel eines Verbotes „atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien“.

Sollte es tatsächlich, wie von den Initiatoren angestrebt und erwartet, zwei Millionen Unterschriften unter diesen Aufruf geben, kann das nicht ohne Wirkung auf die in ihrer Mehrheit gewerkschaftlich orientierten Delegierten des nächsten SPD-Parteitag bleiben, auf dem wieder über

Nachrüstung und die Neutronenbombe debattiert werden soll.

In welchem Ausmaß es einzelnen Gruppierungen gelingen wird, den angekündigten „heißen Herbst“ und damit eine breite Bewußtseinsbildung für die unterschiedlichen Friedensvorstellungen zu realisieren, bleibt abzuwarten; in einzelnen Verbänden wird bereits die Diskussion um die Beteili-

gung zum Politikum. Jedenfalls könnten die Folgen der zunehmenden Ideologisierung am ehesten durch eine sachkompetentere und emotionsfreiere Sichtweise aufgefangen werden. Sicher zutreffend ist eine Beobachtung von DGB-Vorstandsmitglied *Karl Schwab*: „Die gutgläubigen Unterzeichner von Aufrufen wissen doch oft gar nicht, was sie unterschreiben.“

C. R.

Weltkirchenrat: in Dresden wenig Neues

Daß die diesjährige Zentralaussschuß-Tagung des Weltkirchenrates hierzu-lande ungewöhnlich viel Beachtung fand und ein starkes Echo in den Medien hervorrief, lag vor allem am Tagungsort. Die 140 Mitglieder des Zentralaussschusses kamen vom 16. bis 26. August in Dresden zusammen, wobei nach Meinung der Beobachter die Tagung in einem sonst nicht üblichen Maß von der *Begegnung mit der gastgebenden Kirche* geprägt wurde. Licht- und Schattenseiten im Leben der Evangelischen Kirchen in der DDR, an deren Grundoption „Kirche im Sozialismus“ Bischof *Albrecht Schönherr* in seiner Eröffnungsrede erinnerte, kamen in Dresden deutlich zum Vorschein, sowohl was die Staat-Kirche-Beziehungen anbelangt als auch in bezug auf die innere Verfassung der Kirche.

Die Arbeit des Zentralaussschusses galt wie gewöhnlich der Sichtung und Überprüfung der vielfältigen Aktivitäten der einzelnen Einheiten, Untereinheiten und Kommissionen des ÖRK, der sich schon mitten in der Vorbereitung auf die Sechste Vollversammlung befindet, die vom 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver stattfinden wird. Auf der letzten Tagung des Zentralaussschusses 1980 in Genf (vgl. HK, Oktober 1980, 523–527) hatte man sich besonders mit der Nacharbeit der Weltmissionskonferenz in Melbourne und der Konferenz über „Glaube, Wissenschaft und Zukunft“ beschäftigt. In Dresden galt besonderes Interesse u. a. den Ergebnissen einer Konsultation über Männer und

Frauen in der Kirche sowie dem Studienprogramm der „Christlichen Gesundheitskommission“ zum Thema „Das christliche Verständnis von Gesundheit, Heilen und Ganzheit“.

Ein zusammenfassender Überblick über das, was gegenwärtig im Weltrat getan und gedacht wird, läßt sich, will man nicht alle Einzelvorhaben aufzählen, am ehesten aus der Liste von *Problembereichen* gewinnen, die in Dresden zur Aufnahme in das Programm der Vollversammlung empfohlen wurden: Gute Nachricht für die Armen; Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bekenntnis des Glaubens; Zeugnis in Einheit; Ökumenischer Austausch von Ressourcen; Das Ringen um Frieden und Abrüstung im Atomzeitalter; Für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung; Die Herausforderung von Wissenschaft und Technik; Bekämpfung des Rassismus; Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche; Die Kirche als lernende Gemeinschaft; Glaubwürdige christliche Kommunikation; Der Kampf um die Menschenrechte; Gesundheit, Heilen und Ganzheit.

Diese Zusammenstellung ergibt ein getreues Bild der programmatischen Schwerpunktsetzungen des ÖRK in den zurückliegenden Jahren mit ihrem nicht spannungsfreien Nebeneinander der Zielsetzungen Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit. In Dresden wurden diese Schwerpunkte *fortgeschrieben*, damit aber, wie sich in den Diskussionen und Erklärungen zeigte, auch die damit gegebenen Spann-